

Entbindung von der Stellung als Vorstand des Beschiebungsamtes des VII. Armee-Corps, mit seiner Pension und der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des Inf.-Regts. Derwath von Bittenfeld (1. Westfal.) Nr. 13, in die Kategorie der mit Pension verabschiedeten Officiere zurückversetzt. Cleve, Oberst z. D., zuletzt Oberst, und Commandeur des damaligen Schief. Man.-Regts. Nr. 2, mit dieses Regts. in die Kategorie der mit Pension verabschiedeten Officiere zurückversetzt. Prinz Bernhard zu Sachsen-Weimar Herzog zu Sachsen, Ritter. à la suite des 1. Hess. Inf.-Regts. Nr. 13, mit Pension und der Regts.-Uniform der Abschied bewilligt. Loop, Major aggreg. dem Inf.-Regt. Nr. 97, mit Pension und der Uniform des Gren.-Regts. König Friedrich Wilhelm IV (1. Pomm.) Nr. 2, der Abschied bewilligt.

Der Fürst und die Fürstin zu Schwarzburg-Sondershausen, welche seit einigen Tagen in Berlin weilten, beabsichtigen bis zu Beginn der nächsten Woche hier zu verbleiben. — Der Graf und die Gräfin Frankenberg sind hier durch und zu dem schwerkranken Herzog von West nach Genoa gereist. — Graf Odey gen. v. Schlik ist nach längerem Aufenthalt in Berlin nach Weimar gereist. — Der Witt. Geheim Rath Graf Behr-Regendanz ist von hier nach Stettin zurückgekehrt. — Der Kaiserliche Gesandte Freiherr von Baeker-Gotter hat nach längerem Aufenthalt Berlin wieder verlassen und sich über Breslau nach Belgrad begeben. — Der Schloßhauptmann und Kammerherr Frhr. v. Solemacher-Untwiler ist aus Bonn hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen. — Der Kaiserl. Legationssekretär Baron v. Gaertner, welcher kürzlich aus dem Haag hier eintraf, ist wieder abgereist. — Der Kaiserl. Legations-Sekretär Graf Rex, welcher kürzlich aus Petersburg hier eintraf, hat sich nach Dresden begeben. — Als neuer Botschafts-Minister ist der hiesigen Italienischen Botschaft, der Marquis Carlolli de Garba zugewählt und bereits aus Rom hier eingetroffen. — Der Intendant der Königl. Hof-Schauspiele in Hannover, v. Reppel-Witz, ist von seinen Bestellungen in Götting hier eingetroffen und im Hotel Continental abgestiegen.

**Russland.**

Die Ministerkrise in Paris ist noch ungeklärt; der Präsident hat die Demission des Cabinets nicht angenommen, sondern die Minister aufgefordert, sich in nochmaliger Beratung über ihre endgültige Stellungnahme schlüssig zu machen. Die in Folge dessen abgetretene Minister-Conferenz war auf gestern Nachmittag 3 Uhr feigezsetzt und lagen Nachrichten über das Resultat derselben bis zum Schluss der Redaktion nicht vor. Die Lage ist thatsächlich eine so verwirrt, daß es sehr gewagt erscheint, Voraussetzungen machen zu wollen. Es ist sehr wohl möglich, daß das Cabinet im Ganzen bleibt, wenn auch der eine oder andere Minister zurücktritt; es ist auch möglich, daß Freycinet das Präsidium niederlegt und sich nur das Portefeuille des Kriegsministeriums vorbehält, das in seinen Händen übrigens thatsächlich sehr gut aufgehoben ist; dann würde vielleicht Melire an seine Stelle treten. Die radikalen Parteien hätten wenig Aussicht haben, zur Regierung zu gelangen, denn sie hätten ja noch viel weniger Aussicht auf eine stabile Mehrheit in der Kammer, als die Oportunisten, die ihnen an und für sich an Zahl überlegen sind. Die Angaben des „W. L. B.“, daß die Mehrheit, welche für die gegen die Regierung gerichtete Tagesordnung stimmte, sich u. a. aus 194 Radikalen zusammengesetzt habe, ist offenbar irrig, da die Geselligkeit Clemenceaus nie eine so hohe Ziffer erreicht hat.

Die parlamentarische Niederlage des Ministeriums stellt eine Frage zur öffentlichen Verhandlung, welche sich ganz allmählich herauszubilden begonnen hat, ohne daß, wie es scheint, die maßgebenden Kreise in Regierung und Kammer sich der ganzen Tragweite derselben immer voll bewusst gewesen wären. Der hiesige radikale Flügel der Kammermehrheit ist der bilateralen Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten augenscheinlich überdrüssig geworden und drängt zu weiterer Vorgehen auf der Bahn des Kulturkampfes. Herr de Freycinet seinerseits ist ein viel zu gewiegter Politiker und Geschäftskundiger, um nicht einzusehen, daß die von den Radikalen protegierte und ihm aufzudrängen versuchte Taktik zu den bedenklichsten Folgen nicht nur führen kann, sondern auch führen muß, wenn er jetzt dem ungeduldrigen Vorwärtsdrängen der Kulturkampfpartei nachgeben würde. In den Erklärungen, welche der Ministerpräsident am Donnerstag abgab, spiegelt sich der innere Zwiefsart der Situation auf das Deutlichste wider. Herr de Freycinet ist es vor allen Dingen um Abminderung und Vertagung misslicher Acten, den Radikalen gerade um Verheißung und Protocurierung solcher zu thun. Herr de Freycinet berücksichtigt die gesammte innere und äußere Lage der Republik, die Hubbard und Genossen kennen nur ihre persönlichen Impulse und wissen

ihnen ohne Rücksicht darauf, ob ihr einseitiges Vorgehen nicht dem Cabinet, ja der Republik selber schwere Verlegenheiten zu schaffen angehen ist. Fast möchte es scheinen, als ob nicht bloß Hoff, sondern mehr noch Furcht hinter dem herausfordernden Gebahren der Radikalen stehe; wie dem aber auch sei, so hat die Kammermehrheit bei diesen Gelegenheiten keinen sonderlichen Beweis ihrer politischen Einsicht und Umsicht gegeben, indem sie vollstimmig dem Ministerium über die von Freycinet genehmigte und durch Stellung der Vertrauensfrage charakterisirte Tagesordnung im Stich ließ und dadurch die Ministerkrise eröffnete. Es ist zwar anzunehmen, daß in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen sein wird, wie es ja überhaupt nicht das erste Mal sein würde, daß die Kammer eine in momentaner Ueberlegung gefasste unbalbare Lage durch nachträgliche Rückarbeit wieder leidlich eingereicht hätte. Immerhin bleibt es gerade in solchen Umständen, wie sie gegenwärtig durch die Gestaltung der Beziehungen zwischen gesetzlicher und weltlicher Autorität in Frankreich in Entwicklung begriffen sind, hauptzweckmäßig, mit dem Feuer zu spielen und ohne Noth Konflikte herbeizuführen, von denen niemand zu sagen vermag, wohin sie führen, welche Konsequenzen sie nach sich ziehen mögen.

Baron Desher Banffy, der kräftige Präsident des Ungarischen Abgeordnetenhauses, empfing am Montag einen Mitarbeiter des „Magyar Hirlap“ und machte denselben folgende Mittheilungen: Er kennt zwar die Absichten der Regierung bezüglich der Glotüre nicht, seiner Auffassung nach aber wäre eine unbegrenzte Glotüre gänzlich überflüssig. Die Hausordnung biete genügende Garantien dafür, daß die parlamentarischen Verhandlungen nicht vereitelt werden, wenn nicht einzelne Parteien direct auf die Obstruction losstürzen. Das Cabinet sei über die Glotüre noch gar nicht schlüssig geworden. Die beabsichtigte Aenderung der Hausordnung könnte erst in der nächsten Session in Kraft treten. Seine Designierung zum Präsidenten, sagte Baron Banffy weiter, sei eine definitive. Er habe die Stellung nicht gelehrt, sondern sie sei ihm von Ministerpräsidenten angeboten worden, nachdem die Verhandlungen mit Szell und Ludwig Tisza zu keinem Ergebnisse geführt hätten. Letzterer habe ihm im Namen des Ministerpräsidenten die Stelle angeboten. Er (Banffy) habe sofort Salomon Tisza beistimmt und als dieser ihm die Annahme des Präsidiums empfohlen habe, ohne weiteres Hören zur Uebernahme des Ehrenamtes sich bereit erklärt. Seine diesbezügliche Abmachung mit der Regierung sei eine unumkehrliche. Wenn er daher bei der Präsidentenwahl in der Minorität bleiben sollte, so wäre sein Sturz gleichbedeutend mit dem Sturz des Grafen Szapary. Der Präsident des Hauses müsse zwar Mitglied der Majorität sein, das bedeute aber nicht, daß er sich von der Minorität löst. Er werde ein thätiges Mitglied der Majorität sein, das Mitglied der Mehrheit aber vom Präsidenten des Hauses zu trennen wissen, der außerhalb der Parteien stehen müsse, so lange er berufen ist, vom Sitze des Präsidenten aus die Verhandlungen zu leiten. Ich werde mich bemühen, bemerkte Baron Banffy, nicht zu gestatten, daß die Rinde der parlamentarischen Verhandlungen gefahrt werde. Ich werde mich unter allen Umständen und Jedermann gegenüber an die Geschäftsordnung halten. Ich habe noch keinen konkreten Plan, aber ich kann schon jetzt versprechen, daß ich zur Wahrung der Würde des Parlaments bei strengster Anwendung der Geschäftsordnung alles aufbieten werde, was in meiner Macht steht und meine Pflicht ist. In einem solchen Falle jedoch, in welchem ich hundert Menschen zweihundertmal zur Ordnung rufen, die Sitzung suspendieren und die Beratung abbrechen müßte, würden mein guter Wille und meine Präsidentenmacht ausreichen. Ich habe aber die begründete Hoffnung, daß die Mitglieder des Parlaments ohne Rücksicht der Präsidenten erkennen und mir dabei beistimmen werden, die übernommene Aufgabe den Verantwortlichen entsprechend zu lösen. Der Präsident des Hauses darf mit keiner Partei coetiviren; er sei ein treuer Mann im Club — und das werde auch ich sein — der Sitz des Präsidenten aber kann nur von einem vollständig unabhängigen Manne eingenommen werden, und deshalb habe ich auch dem Grafen Szapary kein wie immer geartetes Versprechen gemacht, mit ihm über nichts Anderes als über die strenge Anwendung der Hausordnung verhandelt. Ich konnte auch über nichts Anderes verhandeln, da Graf Szapary nichts gebietet hat, was meine Unabhängigkeit als Präsident beeinträchtigen könnte. Zu Vice-Präsidenten hätte beiträgen können Alexander Baross und Desher, welche dem Grafen Theodor Andross anbieten, allein derselbe wird nach der getroffenen Abmachung auf diese Ehrenstelle verzichten. Baron Banffy sagte schließlich, er habe wegen der Nationalitäts-Politik des gegenwärtigen Cabinets die Würde eines Obergeheimen niedergelegt, er habe jedoch seither erkannt, daß Graf Szapary ein Mann weit ausgreifender Conceptionen sei und nicht ein Politiker der kleinen Mittel gegen augenblickliche Verlegenheiten.

Der Chef-Ingenieur des Emirs von Afghanistan, ein Engländer Namens S. Yune, hat einem Mitarbeiter des „Times of India“ einige interessante Mittheilungen über den Emir und sein Land gegeben. Es sind jetzt 5 Jahre verfloßen, seitdem Mr. Yune in den Dienst des Emirs trat. Er war zu jener Zeit der einzige Europäer in Afghanistan, und das Menschenmaterial, welches zu seiner Verfügung stand, ein sehr rohes. Das Volk hielt mit großer Gabe an seinen Zöben fest und betrachtete alles Neue mit Argwohn. Das Münzverfahren des Landes fand auf der niedrigsten Stufe. Die Kupfen und andere Münzen wurden mittelst Handarbeit geprägt und die Leute wollten von einer Aenderung nichts wissen. Auf Veranlassung des Emirs erachtete Mr. Yune indes eine Münze, deren wohlauageführte Geschnitten sich leicht eingang zu vertheilen ließen. Nach der Münze gründete der hiesige Englische Ingenieur eine Patronenfabrik, welche jetzt täglich 7000 Patronen liefert, ferner eine Gewehrfabrik, eine Schmiede, eine Schuh- und Stiefelfabrik sowie ein Englisches Schneidereiabtheilung — Neumünzen, deren Vorrath von den Afghanen, nachdem ihr erstes Mißtrauen geschwunden, vollstän gewürdigt werden. Mr. Yune ferner berichtet, sind die Bewohner des Landes ein sehr erfindungsreiches Volk. So legten sich etwa 6 Afghanen es in den Kopf, ein Dampfmaschinen von einer viertel Pferdekraft zu construiren und führten ihr Vorhaben ohne jeden fremden Beistand auch erfolgreich durch. Als der Emir das Resultat ihrer Arbeit sah, war er so einzücht, daß er mehrere Tausend Rupee unter sie vertheilte, um dadurch Andere zur Nachahmung des Beispiels anzuregen. „Ich glaube“, so berichtete Mr. Yune, „daß es keinen lebenswichtigen Herrscher als den Emir gibt, welcher noch dazu alles in seinen Kräfte aufbietet, sein Land zu entwickeln.“ Den Bericht des Engländers zufolge hegt der Emir den Wunsch, England zu besuchen.

P. C. Rom, 16. Februar. Seit diesen Monaten wird von partiellen Umgestaltungen des italienischen Cabinets gesprochen und der Eintritt bald dieser, bald jener parlamentarischen Persönlichkeit in die Regierung angebahnt. Der Anhaltspunkt für diese Gerüchte ist schon durch die Tagespresse gegeben, das gegenwärtig zwei Ministerien, und zwar dasjenige für Ackerbau, Industrie und Handel, sowie jenes für Posten und Telegraphen in interministerieller Weise geleitet werden, ersteres durch den Ministerpräsidenten Marchese di Rudini, letzteres durch den Minister der öffentlichen Arbeiten, Herrn Branca. Es ist nun nicht zu bezweifeln, daß diese Departements innerlich festerer oder längerer Frist ihre endgültige Bestimmung erfahren werden; für den Augenblick aber, das läßt sich nicht sagen, ist die Berufung neuer Titulare auf diese Posten noch nicht zu erwarten. Der letzte italienische Staatsmann beweist in allen seinen politischen Handlungen zu viel Besonnenheit und ruhige, durch feineren Verstand geleitete Ueberlegung, als daß er in der Ergänzung des Cabinets, deren einstweilige Hinausschiebung den Gang der öffentlichen Angelegenheiten in keiner Weise beeinträchtigt und auch in seiner anderen Richtung Nachtheile mit sich bringt, auch nur die geringste Ueberleitung eintreten lassen sollte. Die Completion der Ministerien ist gerade unter den jetzigen Umständen in zweifacher Beziehung eine ziemlich heikle und schwierige Aufgabe. Zunächst gilt es, bei der Berufung von zwei neuen Persönlichkeiten in das Cabinet, die Wahl derart zu treffen, daß durch dieselbe das die Majorität zusammenschließende Band enger geknüpft werde; ferner muß aber hierbei das Augenmerk auch darauf gerichtet werden, in den Reihen der Anhänger der Regierung persönliche Bestimmungen zu vermeiden, welche die Einheit der Majorität, und wäre es durch die Nöthigkeiten, trüben könnten. Aus diesen Rücksichten hat man sich das Jandern des Marchese di Rudini in der Ausführung einer Absicht zu erklären, die er fortwährend im Auge behält. Wie es scheint, macht die Opposition Bemühungen, sich unter der Führung der Herren Crispi und Zanardelli zusammenzuschließen und zu organisiren. Der Erfolg dieser Anstrengungen muß einwilligen als fraglich erscheinen. Das Cabinet Rudini sieht sich übrigens seiner Stellung sicher genug, um einer Mollition der oppositionellen Fractionen ohne jegliche Verzögerung entgegenzutreten; er war auf diese Möglichkeit seit seinem Amtsantritt vorbereitet, obgleich ein dauerndes Zusammengehen aller Regierungsglieder und eine organische Verschmelzung dieser Gruppen angesichts der vielfachen unzulässigen Verschiedenheiten ihrer Standpunkte und im Hinblick auf den Antagonismus zwischen den führenden Persönlichkeiten der einzelnen Fractionen als unwahrscheinlich erachtet werden muß.

Im Augenblicke bewegen zwei, in keinem Zusammenhang stehende Erscheinungen die öffentliche Meinung Italiens: die beschäftigungslosen Arbeiter und die Studenten-Unruhen an verschiedenen Universitäten des Landes. Was die beklagenswerthe Lage der Arbeiter betrifft, sind die Regierung, die Gemeinden und viele Privatpersonen bemüht, die Noth derselben zu mildern und, so weit dies gegenwärtig möglich, durch Zuweisung von Arbeit das Uebel an

(Hierzu drei Beilagen.)